

Antrag der AG Kommunen zum Attac Herbststratschlag 2018

Tagung „Kommunen und Wohnen“

Die Attac AG „Kommunen“ führt 2019 in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern eine Tagung zum Thema Wohnen und Kommunen (Arbeitstitel) durch. Die Tagung soll im Format an die bisher bereits drei Mal durchgeführten Tagungen anknüpfen. Als neues Element sollen bei mindestens einer der Diskussionsrunden bei der Tagung Teilnehmende aus anderen europäischen Ländern über Internet zugeschaltet werden um neue Möglichkeiten der Vernetzung auszuprobieren.

In einer wachsenden Zahl europäischer Städte - von London bis Barcelona, von Stockholm bis Frankfurt, von Oldenburg bis Rüsselsheim - herrscht ein zunehmender Wohnungsmangel. Diese Wohnungsnot ist keine allgemeine, wie in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern eine besondere, auf bestimmte Teilräume, Teilmärkte und Bevölkerungsgruppen beschränkte. Einem anhaltend schrumpfenden Marktsegment „bezahlbarer Wohnungen“ steht – vor allem in Großstädten und Wachstumsregionen - eine steigende Zahl hochpreisiger Luxuswohnungen gegenüber. Hauptbetroffene sind nicht nur die Angehörigen unterer Einkommenschichten, sondern zunehmend auch Angehörige der Mittelschicht.

Ursache dieser Entwicklung sind nicht allein die renditeorientierten Aktivitäten Privater: Aufwertung von Altbaubeständen für einkommensstarke Mieter und Käufer wie auch Errichtung teurer, zunehmend der Kapitalanlage dienender Neubauwohnungen. Sie ist auch Ergebnis der Wohnungspolitik der öffentlichen Hand: drastische Reduzierung des öffentlich geförderten „Sozialen Wohnungsbaus“, der allerdings das Manko hat, immer nur befristet und nicht dauerhaft angelegt zu sein, Streichung der Wohnungsgemeinnützigkeit, Verkauf kommunaler Wohnungsbestände an internationale Finanzinvestoren („Finanzialisierung“ des Immobilienmarktes) etc. Eine maßgebliche Rolle spielt aber auch die Entwicklung des Arbeitsmarktes mit ständig steigenden Zahlen prekärer Beschäftigungsverhältnisse und stagnierenden wie rückläufigen Löhnen.

Die Wohnungsfrage gehört also in Deutschland ganz oben auf die politische Agenda.

Die Tagung soll

- *sich mit den oben genannten Ursachen für die Wohnungsmisere beschäftigen und Auswege aus der Wohnungskrise aufzeigen (Neue Gemeinnützigkeit, Reform des Bodenrechts und der Grundsteuer, kommunaler und genossenschaftlicher Wohnungsbau, Schaffung eines dauerhaften, bezahlbaren und der Renditelogik entzogenen Wohnungsbestandes),*
- *positive Beispiele kommunaler Wohnungspolitik beleuchten und*
- *politische Interventionsmöglichkeiten diskutieren.*

Mögliche Kooperationspartner für die Veranstaltung sind: Ver.di, Mehr Demokratie, KAB, RLS, Wohnungspolitische Initiativen, Mietervereine

Die Tagung soll in Frankfurt stattfinden.

Finanzierung:

Kosten (8.000 Euro):

- Personalkosten / Honorare: 5.500 Euro*
- Reisekosten 1.000 Euro*
- Materialien 500 Euro*
- Kosten für Raum, Technik, etc. 1.000 Euro*

Einnahmen(6.500 Euro):

- Teilnehmendenbeiträge 500 Euro*
- Beiträge Bündnispartner 6.000 Euro*

Mittel Attac 1.500 Euro